

# Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.  
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.  
Verhalten und Verwaltung: Drag II., Křižánska 18. • Leipzig: 20705, 31400. • (Kodifikation): 20707 • Verlagsamt: 37544

13. Jahrgang.

Sonntag, 29. Jänner 1933

Nr. 25.

## Auch in Frankreich Kabinettssturz!

Meldungen siehe Seite 3

## Schlußabstimmung im Budgetausschuß.

Prag, 28. Jänner. Nach dreiwöchiger Debatte hat der Budgetausschuß heute vormittags in Anwesenheit des Finanzministers die Abstimmung über den Staatsvoranschlag für 1933 vorgenommen. Die einzelnen Budgetkapitel wurden — entsprechend dem gestrigen Beschluß des Siebenausschusses der Koalition — unverändert angenommen. Abänderungsanträge lagen ausschließlich von Seiten der Opposition vor, und zwar in der ganz respektablen Menge von 221 Stück. Sie versielen ebenso der Ablehnung, wie die eingebrachten Resolutionsanträge.

Dann wurde auch das Finanzgesetz mit der einen bereits bekanntgegebenen Änderung angenommen, daß die im Artikel XIV, Absatz 2, ausgesprochene Ermächtigung an den Finanzminister zur Verlängerung gewisser Fristen für die Bankensanierung gestrichen wird.

Über diesen Artikel XIV sollte gestern Trudel endlich eine Klärung in der Richtung gegeben, daß die Regierung keineswegs in der Forderung nach einer Vergrößerung der Garantien überzogen war; es habe sich nur darum gehandelt, die Maßnahmen, die im Laufe des Sommer und des Herbstes genehmigt wurden, in ihren Konsequenzen durchzuführen. Bei näherem Studium des Bankengesetzes habe es sich aber gezeigt, daß diese Verlängerung nicht nötig sei (s. S. 11). Es kann also die betreffende Bestimmung des Finanzgesetzes gestrichen werden.

Zum Generalsekretären für das Museum wurde der tschechische Genosse Nemes gewählt.

## Die Finanznot der Gemeinden.

In Besprechung der finanziellen Notlage der Gemeinden führte Genosse Krenker in der Finanzdebatte im Budgetausschuß u. a. an, daß sich vor allem die Steuerabwicklungen, die Rückzahlungen der sogenannten Steuerübergänge geradezu katastrophal für die Finanzen vieler Städte und Gemeinden, namentlich im Industriegebiet, auswirken.

Nach Berechnungen, die der Verband der Selbstverwaltungskörper im Herbst geprüft hat, hätte eine ganze Reihe von Städten Millionen an Einnahme erhaltenden Umlagen rückzahlen, Summen, die oft die ganze Steuerbasis übersteigen. Diese Umlagen rühren ausschließlich von Steuerübergängen her, bei denen man die Gemeinden nicht einmal fragt. Es wird ihr einfach mitgeteilt, sie habe so und soviel an Umlagen zurückzahlen. Dabei hatte sich die Steuerreform von 1926 schon vielfach in einer starken Senkung der Steuerbasis der Gemeinden als Folge der Senkung der Gewerbesteuer ausgewirkt.

Auch die vorgeschriebene Berechnung der Umlagen in den Gemeinden, die auf Grund der vom Steueramt mitgeteilten Steuerbasis zu erfolgen hat, gibt heute in der Krise ein böses Beispiel. Als Ausgangspunkt für die Berechnung der Umlagen für 1933 wird der Gemeinde vom Steueramt die Steuerbasis für 1932 mitgeteilt, die wieder auf die Steuerbasis für 1931 aufbaut. Die Umlagen für 1931 sind aber auf der Geschäftsabrechnung des Jahres 1930! Was hat sich aber seit 1930 nicht alles in der Wirtschaft geändert! Die Gemeinde muß aber diese falschen Ziffern aus der Zeit der Konjunktur in ihren Voranschlag einstellen und der Effekt ist der, daß die Umlagenhöhen nicht im entferntesten der Wirtschaft entsprechen und somit auch bei sparsamster Wirtschaft ein großer Defizit entsteht.

Die Reglementierung der Gemeindefinanzen muß daher endlich einmal mit größter Beschleunigung in Angriff genommen werden.

Genosse Krenker verlangte weiters eine Forderung des § 20 der Novelle zum Gemeindefinanzen-Gesetz, um die Darlehensaufnahme zu erleichtern, und ersuchte um Beschleunigung der Veranlagung und Veranschlagung der Vermögensgegenstände von Liegenschaften.

Fürs Dritte Reich nicht reaktionär genug!

# Die Harzburger stürzen Schleicher.

Hitler an der Leine der Sozialreaktion. — Junker, Industrielle und Nazi in der gleichen Front. — Die NSDAP an den Meistbietenden verkauft.

Berlin, 28. Jänner. (Wolff.) Reichkanzler von Schleicher erstattete heute dem Reichspräsidenten Bericht über die Lage und erklärte, daß die gegenwärtige Reichsregierung, ihrem Charakter als Präsidialregierung entsprechend, im Reichstage ihr Programm und ihre Auffassung nur dann zu vertreten in der Lage wäre, wenn der Reichspräsident ihr die Auflösungsorder zur Verfügung stelle.

Der Reichspräsident erklärte, diesem Vorschlage bei der zur Zeit gegebenen Lage nicht entsprechen zu können.

Reichkanzler von Schleicher erklärte hierauf den Gesamtrücktritt der Reichsregierung, den der Reichspräsident unter Beauftragung des Kabinetts mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte entgegennahm.

## Kabinetts Hitler?

Aus Nazis, Deutschnationalen und Zentrum.

Noch im letzten Momente war der Chef der Heeresleitung General von Hammerstein befreit, auf den Präsidenten Hindenburg einzuwirken, daß er die Demission Schleichers nicht annehme, bevor nicht klar sei, zu welchen Folgen eine Regierungskrise führen würde. Ähnlich sollen auch einige Mitglieder der bisherigen Regierung, besonders Außenminister von Neurath, auf den Reichspräsidenten eingewirkt haben.

Die durch die Demission entstandene politische Lage ist bisher unübersichtlich. Insbesondere ist nichts Genaueres bekannt, wie weit das Einvernehmen zwischen den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten reicht. Nach verschiedenen Ansichten ist man der Ansicht, daß die Gegenstände noch sehr groß sind, und daß eigentlich überhaupt keine praktische Grundlage für die Zusammenarbeit der beiden Fraktionen in einer Regierung geschaffen wurde.

Nach einer Conto-Rechnung rechnet man in maßgebenden Kreisen damit, daß die Aufgabe, die Herr von Papen übernommen hat, nicht sehr lange Zeit beanspruchen wird, sondern schon am Montag zu Ende geführt sein kann. Dabei wird besonders unterrichtet, daß Papen nur die Aufgabe hat, die Möglichkeiten zu prüfen, die sich für eine Mehrheitsbildung ergeben. Praktisch bedeutet das, daß Papen festzustellen hat, ob ein Kabinetts von Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Zentrum möglich ist.

Zunächst wird Papen sich mit Hitler in Verbindung setzen, um festzustellen, ob er eine Koalition mitmachen würde. Dann wird der Reichspräsident von der Antwort Hitlers unterrichtet werden.

Wenn diese erste Gruppe zurückgelegt ist, wird sich Papen auch an das Zentrum wenden. Das Zentrum müßte dieses neue Kabinetts unterstützen, indem es entweder aktiv in ihm vertreten ist oder es wenigstens toleriert. Wahrscheinlich wird Papen ein Kabinetts Hitler vorschlagen.

## Das Zentrum wartet ab.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages befaßte sich heute mittags um 13 Uhr in einer, allerdings nur spärlich besuchten Sitzung mit den neuesten politischen Ergebnissen. Beschlüsse wurden dabei nicht gefaßt. Die Haltung des Zentrums wird, das ging schon aus diesen vorläufigen Besprechungen hervor, zunächst durchaus abwartender Natur sein.

## Was Schleicher vorgeschlagen hatte.

Von unterrichteter Seite erfährt das Conto-Büro, daß der Reichkanzler in der Unterredung mit dem Reichspräsidenten drei Möglichkeiten zur Lösung der Krise genannt hat.

Die eine Möglichkeit sei die Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung. Diese Möglichkeit bestehe nur, wenn Hitler die Führung eines derartigen Kabinetts erhalte.

Zweitens sei die Bildung einer auf eine starke Volksströmung gestützten Minderheitsregierung möglich, die wohl ebenfalls nur unter Führung Hitlers, aber mit Unterstützung der übrigen Gruppen der

Rechten zu erreichen wäre. Wenn der Reichspräsident seinen Widerstand, den er bisher gegen eine solche Lösung gehabt habe, aufgeben würde, so hätte auch diese Lösung Aussicht auf Erfolg. Die dritte Möglichkeit sei die Bildung eines Präsidialkabinetts, das, wie das jetzige, vollkommen über den Parteien stehend und mit keiner verbunden, die Staatsautorität als Sachwalter des gesamten Volkes zu wahren hätte. Einem solchen Präsidialkabinetts müßten dann aber auch die nötigen Vollmachten gegeben werden, wenn es keine Mehrheit im Reichstage fände.

Der Reichkanzler hat vor einer Lösung geplatzt wehren zu müssen, nämlich vor der, daß unter dem Namen eines Präsidialkabinetts etwa eine Regierung gebildet würde, die tatsächlich nur die Regierung einer einseitigen Partei darstellen würde und dann den Angriffen der überwiegenden Mehrheit des gesamten Volkes ausgesetzt wäre.

Das nunmehr zurückgetretene Kabinetts Schleicher war nach dem Rücktritt der ersten Präsidialregierung Papen erst am 3. Dezember 1932 ernannt worden. Schleicher, der das zweite Präsidialkabinetts auf Drängen des Reichspräsidenten gebildet hatte, suchte eine Verständigung mit den Gewerkschaften und hat daher einige der am meisten bekämpften Bestimmungen der Notverordnung aufgehoben.

## Die Gewerkschaften warnen!

Berlin, 28. Jänner. Der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der allgemeine freie Angestelltenbund, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände sowie der allgemeine deutsche Beamtenverband haben an den Reichspräsidenten ein gemeinsames Telegramm gerichtet, in dem es u. a. heißt:

In tiefer Sorge über die das deutsche Volk bedrohenden und bedrohenden politischen Gefahren hat die Gewerkschaften aller Richtungen zur Beratung der überaus ernst Lage zusammengetreten.

Sie halten sich in dieser entscheidenden Stunde für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die Berufung einer sozialreaktionären und arbeitserkämpfenden Regierung von der gesamten deutschen Arbeiterschaft als eine Herausforderung empfunden werden würde.

Die Gewerkschaften erwarten, daß Sie, Herr Reichspräsident, allen unterirdischen Bestrebungen, die auf einen Staatsstreich hinarbeiten, ihren entschiedenen Widerstand entgegenstellen und auf einer verfassungsmäßigen Lösung der Krise bestehen.

## „Ein Alarmzeichen allererster Ordnung.“

Der „Vorwärts“ sagt, der Sturz Schleichers sei ein Alarmzeichen allererster Ordnung. Er zeige, daß der Weg zu einer neutralen Beamtenregierung, die in diesem Augenblick vielleicht die einzig verfassungsmäßige Möglichkeit wäre, nicht geliebt werde. Der andere Weg sei aber auch dann, wenn die Verfassungsmöglichkeit gewahrt bleibe, ein Weg des dreifachen Experimentes. Eine Hitler-Hugenberg-Regierung sei verfassungsmäßig nur möglich, wenn das Zentrum ihr seinen Segen gebe.

Wer vor den Novemberwahlen in Deutschland war, sah an den Eisfahnen große Plakate der Hakenkreuzler, die zum Kampf gegen die Regierung Papen aufforderten. Er bekam Flugblätter der Nazi in die Hand gedrückt, in denen die Sozialdemokraten als Wegbereiter Papens angegriffen wurden. Er konnte, wenn er den Titel vor dem Besuche einer solchen Versammlung zu überwinden vermochte, in nationalsozialistischen Wahlkundgebungen wütende Anklagereden gegen den „Unsozialen“ Papen, den Herrenklub-Kanzler hören. Er konnte sich zur Vermutung gedrängt fühlen, die Hitler-Partei lenne keinen schlimmeren Feind als Herrn von Papen.

Und als Papen, um einem Sturz durch den Reichstag auszuweichen, vor dessen Zusammentritt seine Demission gegeben hatte und General Schleicher dessen Nachfolger geworden war, da konnte man vermuten, daß nun der eigentliche „starke“ Mann, der auch in der politischen Intrige stärkster Mann die Macht übernommen habe. Schien es dem Fernstehenden nicht auch, General Schleicher geniesse das besondere Vertrauen Hindenburgs? Schleicher machte zweifellos auch eine etwas bessere Figur als Herr von Papen. Er behielt zwar dessen „Wirtschaftsprogramm“ bei, erkannte aber doch, daß es notwendig sei, die eine oder andere allzu krasse Härte der Papenschen Notverordnungen zu mildern. Er verheißte seine Heringschätzung des Parlamentarismus und der politischen Parteien nicht, aber er linderte doch den Druck der politischen Betätigung lähmenden Ausnahmebestimmungen. Aber — aber — er vermochte es doch den Herrenklaffen des äußersich immer noch republikanischen neuen Deutschland nicht recht zu machen! Das kann niemand, der nicht bis aufs Äußerste aber Aufträge der Groß-Industriellen und der Junker ausführt. Die Industriellen aber hatte sich Schleicher zu Feinden gemacht, weil er ihnen — „zu sozial“ war, die Junker, weil die trotz allen finanziellen Anfechtungen doch nicht am Leben zu erhaltenden, absolut nicht zu sanierenden Grundbesitze im Osten nun nicht weiter subventioniert werden sollten — nur die wirklich lebensunfähigen nicht! — ja sogar enteignet werden sollten. Und wenn die Junker einmal nicht mehr vom Staat, also aus den Taschen der plebejischen Steuerzahler, gefüttert werden sollen, hört für sie der Spatz auf, — o, sie haben schon in der guten alten Kaiserzeit bewiesen, daß sie Feinde gegen jede Regierung sind, die nicht mit vollen Händen ersehen will, was sie verzeut, veroffen, verteuert und verpekuliert haben! So haben Junker und Industrielle sich gefunden im gemeinsamen Kampf gegen Schleicher, in einem Kampf, der aus Intrigen bestand, deren Fäden bei Herrn von Papen zusammenliefen, der in seiner Person Junker- und Industriellenum verbindet. Und Herr von Papen, der vorsorglich seine Wohnung im Kanzler-Palais gar nicht aufgegeben hat, blieb ganz gescheuer Gast Hindenburgs, blieb dessen Ratgeber, und arbeitete gleichzeitig an der Erneuerung der Harzburger Front, indem er nicht nur Industrielle und Junker wieder zusammensührte, sondern auch Deutschnationalen und Nationalsozialisten, also Schwerindustrielle und nationalsozialistische Arbeiterpartei. Die Front von Hitler zu Hugenberg, von den Nationalsozialisten zu den Schwerindustriellen und Junkern ist geschlossen, die Geldsorgen der Nazi sind behoben, das

Zwischenpiel der Kanzlerschaft des „sozialen Generals“ kann beendet werden.

Kommt eine Kanzlerschaft Hitlers, dem zur Ueberwachung Vertrauensmänner der Industrie und der Junker zur Seite gestellt werden? Kommt eine Regierung unter Führung eines anderen Reichsmilitärs, in der Hitler bloß Vizekanzler oder Inhaber eines anderen Ressorts sein wird?

Für die Arbeiterklasse Deutschlands kommen so schwere Zeiten wie nie zuvor. Die Arbeiter Deutschlands sind sich dessen auch bewußt. Sie sind kampfbereit und kampfbestimmt.

### Zeitkalender 1933:

- März bis Mai**
- Karl Marx-Gedenktage.**
- 14. März - 50. Todestag.
- März Frauentag.**
- 1. Mai.
- 18. Juni Kindertag.

Küßt schon jetzt zu diesen proletarischen Fekern!

## Die Kellnerin Molly.

Roman von Hans Otto Henel.

Copyright © 1932 by Adelbert Verlag, Berlin.

Nachdruck verboten.

Aus ihren Reden hörte Male, daß einer von ihnen gefeiert wurde, weil er heute aus dem Gefängnis entlassen war.

Ein Mädchen setzte sich an den Tisch zu Male, betrachtete sie von oben bis unten, freundlich, wie es Male schien.

„Doofste schon?“ rief er fragend zu Male hinüber, als er sein Bier hinuntergegoßen hatte.

len! — Freilich, die Sozialdemokratie wird auch in diesem Zweifrontenkampf bestehen.

## Was belastet die Bankenregie?

Eine der aktuellsten Fragen der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik ist gegenwärtig die so notwendige Herabsetzung des Zinsfußes.

Bankname	Anzahl	Subalternangestellte		Direktoren u. Profuratoren	
		Behalt.	l. Durchschnitt	Behalt.	l. Durchschnitt
Böhm. Escomptebank . . . . .	1106	33,480,000	30,200	153	30,320,000
Böhm. Unionbank . . . . .	1381	44,865,000	32,000	134	32,835,000
Bank f. Handel u. Industrie . . . . .	543	13,618,000	25,000	83	12,682,000
Zivobank . . . . .	1572	47,461,000	30,200	119	29,338,000

Dazu sei bemerkt, daß bei den Direktorengehältern die Lohntiemens aus Verwaltungsdienststellen nicht mitgezählt sind.

## Die Dresdner Katastrophe. Todesursache in drei Fällen — Erschlagung.

Dresden, 28. Jänner. Zu den blutigen Vorgängen im Kellerheim am 26. Jänner wird ergänzend gemeldet, daß auf Antrag der Staatsanwaltschaft am 27. und 28. d. M. durch das Amtsgericht Dresden eine Leichensöffnung der Opfer vorgenommen worden ist.

### Dr. Korošec interniert.

Belgrad, 28. Jänner. Der ehemalige Ministerpräsident Dr. Anton Korošec wurde heute im Zusammenhang mit seiner politischen Tätigkeit auf der Polizeidirektion in Laibach verhaftet.

tion kein Papen, kein Schleicher, kein Hitler! Aber — vorübergehender Sieg nur ist der Sieg der Parzburger Front!

len. Ist der Hinweis auf die Bankenregie und insbesondere die Gehälter der Angestellten, die ungeheuerliche Verabredung des Zinsfußes unmöglich machen.

Jedenfalls geht aus dieser Tabelle eindeutig hervor, wo die Ersparungen in der Regie zu suchen sind und am besten erzielt werden können: nämlich durch die Herabsetzung der Direktorengehälter.

### Neuregelung der Arbeiterfahrarten.

Nach dem Abkommen des Eisenbahnministeriums mit den großen Gewerkschaftsorganisationen wird mit Gültigkeit vom 15. Februar d. J. die Grenze des monatlichen Einkommens zur Erlangung des Anspruches auf ermäßigte Arbeiterfahrarten so geregelt, daß sie bei Bedienen wie ursprünglich vor dem 1. Jänner d. J. 1200 Kr., bei Verheirateten 1800 Kr. betragen wird.

Gleichzeitig werden die Sätze der Arbeiterwochenkarten linear um ungefähr 10 Prozent und der Arbeiterrückfahrkarten noch Kilometerzonen erhöht.

Ueber die Regelung der Schülermonatskarten wurde bisher noch keine volle Einigung erzielt; man sucht eine gerechte Grundlage, um wirklich mittellose Eltern, gleichzeitig auch mit Berücksichtigung der Zahl der unverdienten Kinder, von der Erhöhung befreien zu können.

## Für völligen Umbau des Steuersystems!

Ein zweiter Breitner wäre notwendig! Prag, 28. Jänner. Im Budgetausgleich hatte sich, wie wir bereits kurz meldeten, Genosse Krenfner gestern ausführlich mit den Zuständen in unserer Finanzverwaltung befaßt.

Diese Desorganisation kann nur durch einen völligen Umbau des ganzen Apparates beseitigt werden, der kaufmännisch ausgestaltet werden müßte; namentlich die Durchführung bedarf einer gründlichen Reorganisation.

Wir brauchen im Finanzministerium einen Organisator, der bereit wäre, den ganzen Apparat umzubauen und ihn den heutigen Verhältnissen anzupassen.

Zum Problem der Zinsfußsenkung macht Genosse Krenfner darauf aufmerksam, daß heute der Staat mit seinen hochverzinsten Kassenheinen, die unter Berücksichtigung des Kursschwankes 7,5 Prozent tragen, den Sparkassen und sonstigen Geldinstituten im Einlagengeschäft, heißt die größte Konkurrenz macht.

### Gegen Verschiebung der Reichstagsitzung.

Berlin, 28. Jänner. Gegen die Abgabe der auf Dienstag angelegten Reichstagsitzung hat der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in einem Brief an den Reichstagspräsidenten Göring aufs entschiedenste Protest erhoben.

Auch in Frankreich Kabinettswechsel:

# Paul-Boncour von den Sozialisten gestürzt.

## Kampf um die Herstellung des Budgetgleichgewichts.

Paris, 28. Jänner. Die Regierung Paul-Boncour wurde heute um 6 Uhr früh mit 402 gegen 170 Stimmen bei der Abstimmung des Artikels 6 des Finanzgesetzentwurfes, in welchem die Regierung die Pauschalhöhung der direkten Steuern um 5 Prozent verlangt, geschlagen. Der Finanzausschuß der Kammer stellte sich nach einer neuerlichen Beratung gegen diesen Artikel, die Regierung verharre jedoch auf ihrem Standpunkt und stellte die Vertrauensfrage. Im Namen der Sozialisten erklärte Abgeordneter Blum, daß die Sozialisten mit dem Finanzausschuß einig sind und gegen die Regierung stimmen werden.

Für die Regierung haben gestimmt: 13 Sozialrepublikaner, vier Linksunabhängige, fünf Unabhängige Linke, 131 Radikale, 13 radikale Linke, vier Parteilose, 24 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten, 17 waren beurlaubt.

Sogleich nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses begab sich Ministerpräsident Paul-Boncour mit seinen Regierungsgliedern in das Elysée, um dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts zu überreichen.

Die Deputiertenkammer legte ununterbrochen seit Freitag früh bis in die heutigen Morgenstunden um die Beratung des provisorischen Budgetprojektes für Heber zu beenden. Während im Plenum die einzelnen Artikel durchberaten wurden, führten die Linksparteien lebhaftest Verhandlungen. Einmal über traten in den Anschauungen zwischen den Radikalen und Sozialisten so erhebliche Meinungsverschiedenheiten zutage, daß sich im Laufe der Nacht zeigte, daß eine Regierungskrise unabwendbar sei.

Ministerpräsident Paul-Boncour appellierte an die Kammer, um die Situation zu retten. Als aber die Aussprache über den Artikel 6 an die Reihe kam, trennten sich die Sozialisten von der Regierung, wodurch der Sturz des Kabinetts Paul-Boncour zur fertigen Tatsache wurde.

Der Präsident der Republik nahm nach halb 11 Uhr vormittags die üblichen Beratungen auf, und zwar zunächst mit dem Vorsitzenden des Senats, dem Vorsitzenden der Kammer und dann mit den Vorsitzenden der Finanz- und Außen Ausschüsse des Parlamentes.

Am Abend unterbrach der Präsident die Beratungen mit den politischen Führern und den parlamentarischen Persönlichkeiten; er wird sie morgen fortsetzen. Erst morgen gegen Abend will er die Entscheidung treffen.

In den Couloirs des Parlamentes wurden nach dem ablehnenden Standpunkt des Senatspräsidenten Jeanneney die Namen Chaumetemps, Daladier, Berriot, Caillaux und der des Senators Albert Sarraut genannt.

Es scheint aber, daß wiederum der Versuch zur Bildung einer Regierung der Linksparteien unternommen werden wird. Daladier soll den Sozialisten genaue Vorschläge für die Zusammenarbeit und den Eintritt in die Regierung gemacht haben. Die sozialistischen Führer deuteten aber an, daß sie auch diesmal einen Eintritt in die Regierung ablehnen würden, so wie sie seinerzeit das Angebot Boncour's ablehnten.

Als nach Herriots dramatischem Sturz Paul-Boncour überraschend schnell das neue Kabinett gebildet hatte, haben wir an dieser Stelle unserem Zweifel an der Lebensfähigkeit der äußerlich glänzenden Neugründung Ausdruck gegeben. Paul-Boncour und sein Finanzminister Chéron übernahmen von Herriot das böse Erbe eines gewaltigen Defizits im französischen Staatshaushalt. Die Verweigerung der Ratenzahlung an Amerika, die von der Kammer im Zusammenhang mit dem Währungsabstimm für Herriot beschlossen wurde, war ja weniger der Sorge um das Budget als einem Gefühl nationaler Ehre entsprungen und das so ersparte Geld geht auch keineswegs die gewaltigen Lücken im Frankreichs Budget.

Paul-Boncour war auf die Unterstützung der Sozialisten angewiesen. Sie wurde ihm bereitwillig gewährt, ohne daß die Sozialisten sich irgendwie die Hände gebunden. Wir haben bei der Bildung des Kabinetts schon vorausgesetzt, daß die Isolierung durch die Sozialisten nicht allzulange dauern würde, daß die französische sozialistische Partei mit dem gleichen Maß von Handlungsfreiheit und mit der gleichen Energie wie allen bürgerlichen Linksparteien so auch dem Kabinett ihres ehemaligen Freundes Boncour begegnen würde. Bei den vorhergegangenen Verhandlungen hatte sich ja gezeigt, daß die Sozialisten und die Radikalen grundsätzlich verschiedener Anschauung in der Frage des Kampfes gegen die Krise sind. Während die Radikalen wegen der Krise alle Sozialisteneingriffe ablehnen wollten, hielten die Sozialisten gerade jeden Kampf gegen die Krise für aussichtslos, der nicht mit gewissen staatssozialistischen Maßnahmen beginnt.

Auch im Kampf um das Budget zeigten

sich die grundsätzlichen Unterschiede zwischen der bürgerlichen Linken, die das Kabinett gebildet hat, und den Sozialisten. Diese verlangten Sanierung des Budgets durch Einsparungen, die vor allem beim Decresbudget in größtem Umfange noch möglich wären, die Bürgerlichen wollten die Steuern, u. zw. natürlich die Massensteuern erhöhen. Darin konnten die Sozialisten keine wirksame Abwehr der Krise und keine solide Ausbalancierung des Budgets erblicken. Boncour ließ es auf die Kraftprobe ankommen, wahrscheinlich auch deshalb, weil er für früher oder später den Zusammenbruch des nur notdürftigen Gerüsts seiner Parlamentsmehrheit vorausahnte und die Entscheidung lieber jetzt als nach Monaten des Fortwärtstretens wollte, schon aus Gründen seiner persönlichen Karriere, die einen zu raschen Verbrauch der Popularität nicht verträglich.

Als Nachfolger wird Daladier, der bisherige Kriegsminister genannt. Die Tatsache, daß Tardieu bereits als Mittler auftrat, läßt darauf schließen, daß man versuchen wird, das Kabinett nach rechts zu erweitern und wie in dem Jahr vor den Kammerwahlen mit einer Mehrheit zu regieren, die von den Radikalen bis hart an die Monarchistische Rechte reicht, vor allem also die Gruppen um Marin und Tardieu einschließt. Freilich wird es, besonders wenn die Steuererhöhungen tatsächlich kommen, den Radikalen schwer sein, in dieser Koalition lange auszuharren, wollen sie nicht den Sozialisten die Chance bieten, weitere radikale Wahlkreise zu erobern. Unter diesen Gesichtspunkten wird man für die nächste Zeit in Frankreich mit einer Reihe episodischer Kabinette und in absehbarer Zeit doch wieder mit Neuwahlen rechnen müssen.

# Englisch-französische Anfragen wegen des Waffenschmuggels.

## In Wien, Budapest und selbst in Rom.

Wien, 28. Jänner. Der britische Gesandte Sir Eric Phipps und der französische diplomatische Vertreter Legationssrat de Monibos, der den vertriebenen französischen Gesandten Clauzel vertritt, fanden sich heute um halb 16 Uhr bei dem österreichischen Außenminister Bundeskanzler Doktor Dollfuß ein und legten ihm analoge Noten ihrer Regierungen vor, worin sie nähere Aufklärung in der Affäre der Hirtenberger Waffen verlangen. Der britische Gesandte erklärte, daß seine Regierung ein großes Interesse an der Angelegenheit habe, als heraus der englischen Presse hervorgeht. Eine ähnliche Erklärung gab auch der französische diplomatische Vertreter ab, worauf beide ihre Noten überreichten, die viele konkrete Fragen und das Ersuchen um deren Beantwortung in kürzester Zeit enthalten.

Die beiden Diplomaten teilten mit, daß ihre Regierungen den gleichen Schritt gleichzeitig auch

in Budapest und in Rom unternehmen, und sie fügte hinzu, daß dadurch dem Standpunkt der Kleinen Entente keineswegs präjudiziert werde, die eventuell ebenfalls einschreiten werde. Bundeskanzler Dr. Dollfuß sagte eine baldige Antwort zu.

## Budapest weiß von nichts.

Budapest, 28. Jänner. Der französische Gesandte erwiderte heute nachmittags beim stellvertretenden Außenminister und erbat Aufklärungen über die aus Italien nach Sedenburg gelangten Waffensendungen. In seiner Antwort teilte Graf Hedervary mit, daß die ungarische Regierung von der Sedenburg Angelegenheit keine unmittelbare Informationen besitze. Der englische Gesandte, der später in derselben Angelegenheit den Grafen Hedervary befragte, erhielt eine ähnliche Antwort.

# Die Nazi-Engel.

„Wir waren, sind und bleiben loyal.“



## Trapls Schlußwort.

Freitag nachts hatte Finanzminister Dr. Trapl ein mehr als zweistündiges Schlußwort zur Finanzdebatte gehalten, in dem er sich zunächst ausführlich mit der staatlichen Finanzgebarung für 1932 befaßte.

Die präliminierten Einnahmen für 1932 sind, wie bereits der Referent Josef angeführt hatte, so ziemlich erreicht, in einzelnen Fällen sogar überschritten worden. Allerdings muß man dabei berücksichtigen, daß einzelne Steuern, vor allem direkte, erst im Laufe des Jahres stark erhöht worden sind. Auch die Ausgabenposten für die Arbeitslosigkeit hätten aus laufenden Mitteln gedeckt werden können, wenn nicht in erster Linie der katastrophale Einnahmenschwund der Bahnen im zweiten Halbjahr die Situation sehr verschlechtert hätte.

Die finanzielle Gebarung wird auch im Jahre 1933 im Zeichen äußerster Sparsamkeit stehen müssen, weil niemand die Garantie für die weitere Entwicklung übernehmen kann.

## Bankensanierung.

Zu der im Vorjahr vorgenommenen Reform des Bankwesens erklärte Trapl, die ungünstige Situation unseres Geldwesens sei durch die Finanz- und Kreditkrise in der ganzen Welt verursacht worden und wir hätten dem Verfall unseres Geldwesens, der ohne Eingriff von Regierungsfürsorge eingetreten wäre, nicht ruhig zusehen können. Man habe nicht nur die Banken saniert; von ihnen hing eine Reihe von Industriezweigen ab. Die Hilfe belastet den Staat mit einem Betrag von 20 Millionen jährlich, dafür habe man aber auch für eine Reorganisation der Banken, für die Herabsetzung ihrer Regie geführt und für weitere Aufgaben vorbereitet.

Die Devisenwirtschaft und die Devisenkommission verteidigt der Minister keineswegs, aber sie seien und direkt durch Maßnahmen der übrigen Staaten aufgegeben worden. Verhandlungen zur Förderung des Devisenverkehrs sind derzeit im Gange.

Bezüglich der Preissenkung sind und andere Staaten weit voraus; wir sind in mancher Beziehung schon ein teureres Land geworden. Die Angleichung der Wirtschaftsziffern müsse daher mit aller Energie betrieben werden. Die Preissenkung bezeichnet Trapl als die Voraussetzung der Erneuerung der Produktion und des Schumpes des landwirtschaftlichen Schuldners. Je schneller wir auch den

## Preisangleich zwischen Groß- und Detailhandelspreisen

durchführen, desto besser werden wir gerüstet sein, den weiteren Folgen der Krise zu begegnen. Diesen Prozeß müsse man möglichst bald zu einem Abschluß bringen.

## Die kurzfristige Verschuldung.

Im Jahre 1932 hat der Finanzminister durch kurzfristige Kredite auf Grund der Ermächtigung des Finanzgesetzes 550 Millionen aufgebracht; unter Berechnung der französischen Anleihe stieg die Verschuldung um 1357 Millionen. Außerdem liegen noch Bankschulden vor, deren Höhe Trapl jedoch nicht bekanntgab, ebensowenig wie die Gesamthöhe der kurzfristigen Verschuldung.

Ende 1932 soll die Verschuldung aus dem Titel der Budgetdefizite das Maß der Verschul-

dung in den Jahren nach der Deflation nicht sonderlich überschritten haben.

(Warum hier Trapl nicht gleich konkrete Ziffern genannt hat, ist nicht einzusehen, zumal er kurz vorher als Höchstmaß der kurzfristigen Verschuldung des Staates in der Zeit nach der Deflation ohne den anschließenden Betrag von 6237 Millionen angegeben hatte, der im Jahre 1933 erreicht wurde.)

Zur Anleiheangelegenheit erklärte Trapl nach einigen allgemeinen Redensarten über die notwendigen Voraussetzungen lediglich, er befaße sich mit diesem Problem sehr intensiv und glaube, daß es gelingen wird, einen Weg zur Lösung dieses großen Problems zu finden.

Zur Sanierung der Bundesbank erklärte Trapl, die Ermächtigung zur Übernahme der Staatsgarantie sei von 100 auf 150 Millionen erhöht worden, um die Mittel zur Auszahlung der Renten der Bergarbeiterprovisionisten aufzubringen. Die Staatsgarantie hat zum 31. Dezember 107 Millionen erreicht. Das Finanzministerium bemühe sich im Verein mit dem Arbeitsministerium um eine endgültige Sanierung, bzw. Regelung der Bergarbeiterrentenversicherung. Diese Regelung wäre allerdings leichter, wenn sie in normalen Zeiten durchgeführt worden wäre.

Sichtlich einer Konvertierung der Staatsanleihen wies der Minister darauf hin, daß die Verhältnisse in Frankreich und England, wo eine Konvertierung durchgeführt wurde, ganz anders liegen als bei uns. Die Tschechoslowakei ist ein Staat mit verhältnismäßig junger Kapitalbildung, während die beiden genannten Staaten eine alte Kapitaltradition besitzen und dort Gelder für langfristigen Kredit zur Verfügung stehen.

## Steuereintreibung.

Was die Beschwerden über die rücksichtslose Steuereintreibung betrifft, so stellt sich Trapl auf den Standpunkt, daß der Staat und auch die Selbstverwaltung heute dringend die Mittel zur Deckung ihrer Ausgaben benötigen, und daher ist es notwendig, die Rückstände energisch einzutreiben. Entsprechende Maßnahmen auf die Verhältnisse des Schuldners und namentlich auf die kleinen Steuerzahler sei vom Ministerium jedoch angeordnet.

## Die Lehrerschaft zu Dr. Dérrers Schulentwurf.

Zustimmung der tschechischen Lehrer. Der Vorstand des Verbandes der tschechischen Lehrerschaft hat nach zweitägigen Beratungen über den Gesetzentwurf des Schulministeriums einen Beschluß gefaßt, in welchem es heißt:

Der Verband der tschechoslowakischen Lehrerschaft hat festgestellt, daß beide zur öffentlichen Diskussion vorgelegten Gesetzentwürfe wesentliche Bestimmungen enthalten, welche vom Standpunkt des reinen Interesses der Schule und des Staates mit Zustimmung ausgenommen werden müssen. Das ist vor allem die Trennung der Schulverwaltung von der politischen Verwaltung, die demokratische Zusammensetzung und Wahl der Schulverwaltungsräte, die Verstaatlichung der Lehrerschaft und die gerechtere Regelung der finanziellen und Verwaltungsbeziehungen des Staates zu den konfessionellen Schulen und andere wichtige Fragen. Darum verdienen beide Entwürfe die Unterstützung der gesamten Bevölkerung, welche den Fortschritt der Schule wünscht.





